

**Verordnung****des Auswärtigen Amtes****Verordnung**

**zu dem Notenwechsel vom 12. Juni und 9. Oktober 2006  
über die Einrichtung eines Büros für die Durchführung des  
deutsch-französischen Abiturs an den deutsch-französischen Gymnasien  
nach Artikel 35 Absatz 2 des Abkommens vom 30. Juli 2002  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und  
der Regierung der Französischen Republik  
über die deutsch-französischen Gymnasien und das deutsch-französische Abitur**

**A. Problem und Ziel**

Das am 30. Juli 2002 in Schwerin geschlossene Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik (BGBl. 2003 II S. 1746, 1747) hat das 1972 geschlossene Abkommen der Vertragsparteien (BGBl. 1972 II S. 569, 570) und seine Durchführungsbestimmungen (BGBl. 1988 II S. 133, 134) über die deutsch-französischen Gymnasien und das deutsch-französische Abitur ersetzt. Damit wurde die rechtliche Grundlage der deutsch-französischen Gymnasien in Saarbrücken und Freiburg sowie in Buc bei Versailles an die geänderten schulstrukturellen Rahmenbedingungen angepasst. Mit dem vorliegenden Notenwechsel, der das Abkommen nach dessen Artikel 35 Absatz 2 ergänzt, wird eine Koordinierungsstelle zwischen den deutsch-französischen Gymnasien als Prüfungszentren in der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik einerseits sowie dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und den Fremdprüfern des Prüfungsausschusses andererseits eingerichtet, die den Prozess der Erarbeitung und Abstimmung der Abituraufgaben erleichtern soll.

**B. Lösung**

Durch die Verordnung wird ein Notenwechsel zwischen dem Auswärtigen Amt und dem französischen Außenministerium in Kraft gesetzt, der die Rechtsgrundlage für die Einrichtung eines Büros für das deutsch-französische Abitur schafft, das als Koordinierungsstelle zwischen den deutsch-französischen Gymnasien als Prüfungszentren in der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik einerseits sowie dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und den Fremdprüfern des Prüfungsausschusses andererseits fungieren soll.

**C. Alternativen**

Keine

**D. Finanzielle Auswirkungen**

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Kein Vollzugsaufwand

**E. Sonstige Kosten**

Kosten für die Wirtschaft und soziale Sicherungssysteme entstehen nicht. Ebenso ergeben sich keine Auswirkungen auf Einzelpreise, Preisniveau und Verbraucherpreisniveau.

**F. Bürokratiekosten**

Keine

09. 08. 10

AA – K

## **Verordnung**

**des Auswärtigen Amtes**

### **Verordnung**

**zu dem Notenwechsel vom 12. Juni und 9. Oktober 2006  
über die Einrichtung eines Büros für die Durchführung des  
deutsch-französischen Abiturs an den deutsch-französischen Gymnasien  
nach Artikel 35 Absatz 2 des Abkommens vom 30. Juli 2002  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und  
der Regierung der Französischen Republik  
über die deutsch-französischen Gymnasien und das deutsch-französische Abitur**

Der Chef des Bundeskanzleramtes

Berlin, den 6. August 2010

An den  
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich die vom Auswärtigen Amt zu erlassende

Verordnung zu dem Notenwechsel vom 12. Juni und 9. Oktober 2006  
über die Einrichtung eines Büros für die Durchführung des deutsch-  
französischen Abiturs an den deutsch-französischen Gymnasien nach  
Artikel 35 Absatz 2 des Abkommens vom 30. Juli 2002 zwischen der  
Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der  
Französischen Republik über die deutsch-französischen Gymnasien und  
das deutsch-französische Abitur

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Absatz 2  
des Grundgesetzes herbeizuführen.

**Ronald Pofalla**



**Verordnung  
zu dem Notenwechsel vom 12. Juni und 9. Oktober 2006  
über die Einrichtung eines Büros für die Durchführung des  
deutsch-französischen Abiturs an den deutsch-französischen Gymnasien  
nach Artikel 35 Absatz 2 des Abkommens vom 30. Juli 2002  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und  
der Regierung der Französischen Republik  
über die deutsch-französischen Gymnasien und das deutsch-französische Abitur**

**Vom**

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 2003 zu dem Abkommen vom 30. Juli 2002 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die deutsch-französischen Gymnasien und das deutsch-französische Abitur (BGBl. 2003 II S. 1746) verordnet das Auswärtige Amt:

**Artikel 1**

Der Notenwechsel vom 12. Juni und 9. Oktober 2006 zwischen dem Auswärtigen Amt und dem französischen Außenministerium über die Einrichtung eines Büros für die Durchführung des deutsch-französischen Abiturs an den deutsch-französischen Gymnasien nach Artikel 35 Absatz 2 des Abkommens vom 30. Juli 2002 über die deutsch-französischen Gymnasien und das deutsch-französische Abitur (BGBl. 2003 II S. 1746, 1747) wird hiermit in Kraft gesetzt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, an dem der Notenwechsel in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem der Notenwechsel außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

\_\_\_\_\_

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den

Der Bundesminister des Auswärtigen

**Begründung zur Verordnung**

Mit der Verordnung soll der Notenwechsel vom 12. Juni und 9. Oktober 2006 zwischen dem Auswärtigen Amt und dem französischen Außenministerium in Kraft gesetzt werden. Die Eingangsformel gibt im Einklang mit Artikel 80 Absatz 1 Satz 3 des Grundgesetzes die Ermächtigungsgrundlage für den Erlass der Verordnung wieder.

**Zu Artikel 1**

Durch diesen Artikel wird der Notenwechsel vom 12. Juni und 9. Oktober 2006 zwischen dem Auswärtigen Amt und dem französischen Außenministerium in Kraft gesetzt.

**Zu Artikel 2**

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 3 ist der Zeitpunkt, in dem die Verordnung nach ihrem Artikel 2 Absatz 1 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die Verordnung bedarf entsprechend der gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage der Zustimmung des Bundesrates.

**Schlussbemerkung**

Es entstehen keine Mehrausgaben für die öffentlichen Haushalte. Die Wirtschaft wird nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Der Bundesminister  
des Auswärtigen

Berlin, den 12. Juni 2006

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf Artikel 35 Absatz 2 des Abkommens vom 30. Juli 2002 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die deutsch-französischen Gymnasien und das deutsch-französische Abitur sowie im Anschluss an die Gespräche der Vertreter unserer beiden Staaten folgende Bestimmungen über die Einrichtung eines Büros für die Durchführung des deutsch-französischen Abiturs an den deutsch-französischen Gymnasien vorzuschlagen:

#### I. Allgemeines

1. Es wird ein Büro für das deutsch-französische Abitur als Koordinierungsstelle zwischen den deutsch-französischen Gymnasien als Prüfungszentren in der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik einerseits sowie dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und den Fremdprüfern des Prüfungsausschusses andererseits eingerichtet.
2. Das Büro arbeitet unter der Verantwortung des Präsidenten des Prüfungsausschusses. Das Büro wird abwechselnd im Oberschulamt Freiburg und im Centre interacadémique d'Arcueil eingerichtet, die das notwendige Personal stellen.

#### II. Aufgaben

1. Das Büro nimmt von den Direktoren der deutsch-französischen Gymnasien, die Prüfungszentrum sind, Aufgabenvorschläge für jedes schriftliche Prüfungsfach entgegen und überprüft die Zahl dieser Vorschläge. Es sendet sie dem Präsidenten des Prüfungsausschusses zu.
2. Nach Rücksendung der Aufgabenvorschläge durch den Präsidenten des Prüfungsausschusses an das Büro werden von dort jedem Fremdprüfer ein vollständiger Satz der seinen Fachbereich betreffenden Aufgabenvorschläge sowie die erforderlichen Anweisungen übermittelt.
3. Das Büro organisiert anschließend mit dem Präsidenten des Prüfungsausschusses eine gemeinsame Besprechung aller Fremdprüfer, in deren Verlauf dem Präsidenten die Prüfungsaufgaben und die Ersatzaufgaben vorgeschlagen werden.
4. Nach dieser Besprechung übermittelt das Büro den Prüfungszentren die endgültigen Prüfungsaufgaben.

#### III. Finanzierung

1. Die Kosten des Büros werden von der Seite getragen, bei der es jeweils eingerichtet ist.
2. Die Reisekosten des Präsidenten des Prüfungsausschusses werden von seinem Herkunftsland getragen.
3. Die Reisekosten der Fremdprüfer übernimmt ihre Anstellungsbehörde mit Ausnahme der Reisekosten nach Frankreich für deutsche Mitglieder, die zu Lasten des Auswärtigen Amtes gehen.

Falls sich das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Französischen Republik mit den unter den Ziffern I bis III gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihres Ministeriums zum Ausdruck bringende Antwortnote eine Vereinbarung zwischen unseren Ministerien bilden, die in deutscher und französischer Sprache geschlossen wird, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, und an dem Tag in Kraft tritt, an dem das Auswärtige Amt dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Französischen Republik notifiziert hat, dass die deutschen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs dieser Notifizierung.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Steinmeier

Seiner Exzellenz  
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten  
der Französischen Republik  
Herrn Philippe Douste-Blazy  
Paris

Le Ministre fédéral  
des Affaires étrangères

Berlin, le 12 juin 2006

Monsieur le Ministre,

Me référant à l'article 35, alinéa 2, de la Convention entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française relative aux lycées franco-allemands et au baccalauréat franco-allemand en date du 30 juillet 2002, et à la suite des entretiens qui se sont déroulés entre des représentants de nos deux États, j'ai l'honneur de vous proposer, au nom du Ministère des Affaires étrangères de la République fédérale d'Allemagne, les dispositions suivantes relatives à l'instauration d'un bureau pour l'organisation du baccalauréat franco-allemand dans les lycées franco-allemands:

I. Généralités

- 1) Il est créé un bureau du baccalauréat franco-allemand, organe de coordination entre les lycées franco-allemands en tant que centres d'examen en République française et en République fédérale d'Allemagne d'une part, et, d'autre part, le Président, le Vice-Président et les membres extérieurs du jury.
- 2) Le bureau exerce son activité sous la responsabilité du Président du jury. Le bureau est implanté alternativement au centre inter-académique d'Arcueil et à l'Oberschulamt (Services scolaires de la Préfecture) de Fribourg, qui mettent à sa disposition le personnel nécessaire.

II. Compétences

- 1) Le bureau reçoit des directeurs des lycées franco-allemands, qui sont les centres d'examen, les propositions de sujets pour chaque épreuve écrite et vérifie leur nombre. Il adresse ces propositions au Président du jury.
- 2) Au retour des propositions de sujets sous la responsabilité du Président, le bureau adresse à chaque membre extérieur du jury un jeu complet des propositions concernant sa discipline ainsi que les instructions nécessaires.
- 3) Le bureau organise ensuite, avec le Président du jury, une concertation de tous les membres extérieurs du jury, au cours de laquelle sont soumis au Président les sujets d'examen et les sujets de remplacement.
- 4) À l'issue de cette concertation, le bureau remet aux centres d'examen les sujets définitifs.

III. Mode de financement

- 1) Les frais de fonctionnement du bureau sont à la charge de la Partie qui l'accueille.
- 2) Les frais de voyage du Président du jury sont pris en charge par son pays d'origine.
- 3) Les frais de voyage des membres extérieurs du jury sont à la charge de leurs autorités de tutelle, à l'exception des frais de déplacement en France des membres allemands, qui sont à la charge du Ministère fédéral des Affaires étrangères.

Si le Ministère des Affaires étrangères de la République française déclare accepter les propositions formulées aux paragraphes I à III ci-dessus, la présente note et la note de réponse exprimant l'accord de votre ministère constitueront un arrangement entre nos ministères, conclu en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi, qui entrera en vigueur à la date à laquelle le Ministère fédéral des Affaires étrangères aura notifié au Ministère des Affaires étrangères de la République française que les conditions internes nécessaires en Allemagne à l'entrée en vigueur de l'arrangement sont remplies. La date prise en considération sera celle de la réception de cette notification.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances de ma haute considération.

Steinmeier

Son Excellence  
Monsieur Philippe Douste-Blazy  
Ministre des Affaires étrangères  
de la République française  
Paris



République Française  
Le Ministre des Affaires Etrangères

Paris, den 9. Oktober 2006

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

hiermit bestätige ich den Erhalt Ihres Schreibens vom 12. Juni über die Einrichtung eines Büros für die Durchführung des deutsch-französischen Abiturs an den deutsch-französischen Gymnasien mit folgendem Wortlaut:

*(Es folgt der Text der einleitenden Note.)*

Ich beehre mich, Ihnen mein Einverständnis zu den vorausgehenden Bestimmungen mitzuteilen. Dementsprechend bilden Ihr Schreiben und vorliegende Antwort eine Vereinbarung zwischen unseren Ministerien über die Einrichtung eines Büros für die Durchführung des deutsch-französischen Abiturs an den deutsch-französischen Gymnasien, die an dem Tag in Kraft treten wird, an dem das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Französischen Republik vom Auswärtigen Amt die Notifizierung erhält, dass die in der Bundesrepublik Deutschland erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(Höflichkeitsformel)

Philippe Douste-Blazy

République Française  
Le Ministre des Affaires Etrangères

9 octobre 2006

Monsieur le Ministre,

J'accuse réception de votre lettre en date du 12 juin 2006 et relative à l'instauration d'un bureau pour l'organisation du baccalauréat franco-allemand dans les lycées franco-allemands, laquelle se lit comme suit:

*(Es folgt der Text der einleitenden Note.)*

J'ai l'honneur de vous faire part de mon accord sur les dispositions qui précèdent. Dans ces conditions, votre lettre et la présente réponse constituent un arrangement entre nos deux ministères au sujet de l'instauration d'un bureau pour l'organisation du baccalauréat franco-allemand dans les lycées franco-allemands, lequel prendra effet à la date de réception par le ministère des Affaires étrangères de la République française de la notification l'informant de l'accomplissement des conditions internes nécessaires en République fédérale d'Allemagne à l'entrée en vigueur du présent arrangement.

Je vous prie d'agréer, Monsieur le Ministre, l'expression de ma haute considération.

Philippe Douste-Blazy

A Son Excellence  
Monsieur Frank-Walter Steinmeier  
Ministre des Affaires étrangères  
de la République fédérale d'Allemagne  
Auswärtiges Amt  
11013 Berlin

## Denkschrift

### I. Allgemeiner Teil

Das am 30. Juli 2002 in Schwerin unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik, im Folgenden Schweriner Abkommen, hat die Errichtung deutsch-französischer Gymnasien, die Schaffung des deutsch-französischen Abiturs sowie die Anpassung der Bedingungen für die Zuerkennung des Abiturzeugnisses an die schulstrukturellen Rahmenbedingungen der Vertragsparteien zum Ziel. Artikel 35 Absatz 2 des Schweriner Abkommens enthält die Rechtsgrundlage für ergänzende Ressortvereinbarungen in Form eines Notenwechsels. Die vorliegende Vereinbarung über die Errichtung eines Koordinationsbüros in Form eines Notenwechsels zwischen dem Auswärtigen Amt und dem französischen Außenministerium ist eine ergänzende Vereinbarung in diesem Sinne.

### II. Besonderer Teil

Der Notenwechsel zwischen dem Auswärtigen Amt und dem französischen Außenministerium stellt die Rechtsgrundlage für die Einrichtung eines Koordinationsbüros für das deutsch-französische Abitur dar. Dieses soll als Schnittstelle zwischen den Prüfungszentren in der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik einerseits sowie den Mitgliedern des Prüfungsausschusses andererseits fungieren und den Prozess der Erarbeitung und Abstimmung der Abituraufgaben erleichtern. Verantwortlicher ist jeweils der Präsident des Prüfungsausschusses. Das Büro wird abwechselnd im Oberschulamt Freiburg und im Centre interacadémique d'Arcueil eingerichtet, die das notwendige Personal stellen. Die Kosten des Büros werden von der Seite getragen, bei der es jeweils eingerichtet ist. Die Reisekosten des Präsidenten des Prüfungsausschusses übernimmt das Herkunftsland, die Reisekosten der Fremdprüfer des Prüfungsausschusses übernimmt ihre Anstellungsbehörde.